

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

155. Sitzung

Berlin, Freitag, den 28. Januar 2005

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Wolfgang Schäuble, Hartmut Koschyk, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 35 und 87 a)** (Drucksache 15/4658)

14490 C

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um einen Wiederholungsantrag. CDU und CSU stellen ihn mit verlässlicher Regelmäßigkeit, wohl wissend, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes aus gutem Grund anderes wollten.

Die Opposition zur Rechten will die **Bundeswehr** im Innern als **Ersatzpolizei** einsetzen. Weil das aus historischen, fachlichen und rechtlichen Gründen nicht zulässig ist, will sie das Grundgesetz ändern. Die PDS im Bundestag wird dem nicht zustimmen. Mehr noch: Wir haben das bisher abgelehnt und wir lehnen das auch weiterhin ab.

Es gibt bereits **Sonderfälle** – darüber ist heute schon gesprochen worden –, bei denen ein **Bundeswehreininsatz im Inneren** möglich ist. Jetzt aber geht es um Versuche, die Sonderfälle zu normalisieren und auszuweiten.

Nun ist allerdings seit einigen Tagen das **Luftsicherheitsgesetz** in Kraft; auch darüber wurde heute schon gesprochen. Es soll ermöglichen, dass entführte Passagierflugzeuge durch die Luftwaffe der Bundeswehr abgeschossen werden können. Dieses Gesetz birgt ein rechtliches und ein ethisches Problem. Auf das rechtliche Problem hat der Bundespräsident verwiesen. Aber das ethische Problem bleibt uns erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün und von der CDU/CSU. Denn wer entführte Passagiere zum Abschuss freigibt, der erteilt eine Lizenz zum Töten. Ich finde, das geht weiter als die gefährliche Debatte über das Pro und Kontra von Folterpraktiken. Das rechtliche Problem könnten Sie – vielleicht – durch eine Änderung des Grundgesetzes formal beseitigen. Das ethische Problem aber beseitigen Sie nicht, auch nicht mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Hinzu kommt der Generalverdacht, den Sie mit solchen Gesetzesinitiativen immer wieder nähren. Damit meine ich nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die Regierungskoalition, also SPD und Grüne. Wir erleben eine zunehmende **Militarisierung** der Außenpolitik und wir erleben, dass innenpolitisch aufgerüstet wird, Stichwort: Otto-Pakete. Werden nun beide Tendenzen miteinander vermischt, dann geht es tatsächlich an die Substanz der Bundesrepublik. Das alles will die PDS im Bundestag aus guten Gründen nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der CSU, Sie sind immer vorneweg, wenn es darum geht, das Grundgesetz zu verschlechtern. Das war beim Asylrecht und in der Militärpolitik so, in der Innen- und Sozialpolitik sowieso. Wenn es aber um Verbesserungen, um mehr **Demokratie**, zum Beispiel um Volksabstimmungen auch zur EU-Verfassung, geht, dann spielen die beiden Parteien die drei Affen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen wollen, jedenfalls nichts Positives.

Kurzum, die PDS will etwas anderes, etwas Besseres. Deshalb werden wir Nein sagen.